

demokraten und Kommunisten der unteren Hierarchien konnten sich zumindest anfangs für den Siegeszug Hitlers begeistern; Wends Haltung dazu wäre von Interesse gewesen. Der Verfasser unterzieht Wends autobiografische Notizen dabei generell einer kritischen Wertung. Die innere Emigration kann als eine der typischen gemeinsamen Erfahrungen vieler Regimegegner in der NS-Zeit gelten, was Wend später zum Vorwurf gemacht wurde. Nach dem Krieg galt Wend „als kommender Mann der SPD“. Buchwitz und Grotewohl kriminalisierten ihn, um ihn wie andere ehemals führende Sozialdemokraten auch aus der SED zu entfernen. So sollte die marxistisch-leninistische Diktatur auch in der Partei durchgesetzt werden. Die Untersuchungshaft verbrachte Wend in derselben Zelle des Landgerichtsgebäudes, in der er bereits unter den Nazis im Gefängnis gesessen hatte. Nach fünf Jahren Haft im berüchtigten Arbeitslager Workuta ging Wend nach Hessen. „In Hessen geht die Staatsgewalt nicht vom Volke aus, sondern von Sachsen“ hieß es in einem zeitgenössischen Bonmot zu der großen Zahl der politisch einflussreichen Exilsachsen in dieser Zeit. 1980 verstarb Wend in Wiesbaden.

Schmeitzner geht der Biografie Wends in all ihren Facetten nach; er hat eine Vielzahl von Quellen, wenn nicht gar alle, in deutschen und ausländischen Archiven (vor allem Moskau) ausgewertet. Nicht nur nuancierend, sondern deutlich stellt er sich der schwierigen Thematik der Gleichsetzung von Nationalsozialismus und Kommunismus, über die sich auch Wend in seiner Zelle Gedanken machte. Scheinbar auf der Hand liegend, stellt Schmeitzner die Unrichtigkeit der Gleichsetzung klar, verdeutlicht aber auch mit klaren Worten das geschehene Unrecht und die bisweilen brutale Durchsetzung der kommunistischen Diktatur.

Die Gestaltung und die Typografie des Buches sind gelungen; verwirrend sind bisweilen die kursiv hervorgehobenen Begriffe, die manchmal zeitgenössische Begriffe, Zitateile oder institutionelle Eigennamen sind. Das Buch teilt viele interessante Denkansätze und neue, bisher unbekannte Forschungsergebnisse mit. Die sprachlich versierte Biografie Wends ist ein beispielhaftes und herausragendes Lehrstück für Verantwortung und Wirken eines Politikers im 20. Jahrhundert, typisch auch in seinen Kompromissen, die er zum Schutz seines Lebens und auch seines Auskommens machte. Schmeitzners Buch hebt exemplarisch die Leistungen der politisch Aktiven ihrer Zeit heraus, die sich engagieren – auch wenn es zum Preis einer gebrochenen Biografie, zum Preis der Verfolgung und schmerzlicher Entbehrungen ist. Die Demokratie verdankt diesen Menschen mehr als sie sie bisher honoriert hat.

Frauenstein

Konstantin Hermann

THOMAS SCHAARSCHMIDT, *Regionalkultur und Diktatur*. Sächsische Heimatbewegung und Heimat-Propaganda im Dritten Reich und in der SBZ/DDR (Geschichte und Politik in Sachsen, Bd. 19), Böhlau Verlag, Köln/Weimar/Wien 2004. – 574 S. (ISBN: 3-412-18002-5, Preis: 59,90 €).

JILL AKALTI, *Neue Menschen für Deutschland?* Leipziger Kindergärten zwischen 1930 und 1959 (Geschichte und Politik in Sachsen, Bd. 20), Böhlau Verlag, Köln/Weimar/Wien 2004. – 511 S. (ISBN: 3-412-16303-1, Preis: 49,90 €).

FRANCESCA WEIL, *Entmachtung im Amt*. Bürgermeister und Landräte im Kreis Annaberg 1930–1961 (Geschichte und Politik in Sachsen, Bd. 21), Böhlau Verlag, Köln/Weimar/Wien 2004. – 369 S. (ISBN: 3-412-17403-3, Preis: 39,90 €).

MICHAEL PARAK, Hochschule und Wissenschaft in zwei deutschen Diktaturen. Elitenaustausch an sächsischen Hochschulen 1933–1952 (Geschichte und Politik in Sachsen, Bd. 23), Böhlau Verlag, Köln/Weimar/Wien 2004. – 555 S. (ISBN: 3-412-14504-1, Preis: 59,90 €).

BIRGIT MITZSCHERLICH, Diktatur und Diaspora. Das Bistum Meißen 1932–1951 (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte. Reihe B: Forschungen, Bd. 101), Ferdinand Schöningh Verlag, Paderborn 2005. – 725 S. (ISBN: 3-506-71799-5, Preis: 88,00 €).

Bei der vergleichenden Diktaturgeschichte handelt es sich um eine der umstrittensten Disziplinen der Geschichtswissenschaft – zumal in Deutschland. Während Vergleiche zwischen den Großtotalitarismen Drittes Reich und Stalins Sowjetunion zumeist noch auf Verständnis stoßen, stehen Vergleiche zwischen Hitlers Regime und der DDR sowohl aus wissenschaftlichen als auch aus volkspädagogischen Gründen häufig in der Kritik. Die erst jüngst veröffentlichte Studie eines Berliner Historikers warnte vor einem solchen deutsch-deutschen Diktaturenvergleich: Im Ergebnis würden die Unterschiede beider Regime eingeebnet, das Dritte Reich mit seinen Menschheitsverbrechen relativiert und die DDR-Diktatur bagatellisiert und dämonisiert. Als Haupteinwände nannte der Historiker den nationalsozialistischen Vernichtungskrieg und den Holocaust, von denen doch nicht einfach abstrahiert werden könne, wenn man beide Diktaturen vergleiche. Darüber hinaus müsse beachtet werden, dass es sich im Falle des Dritten Reiches um einen der beiden Großtotalitarismen des 20. Jahrhunderts handele, der von der Mehrheit des deutschen Volkes getragen worden sei. Die DDR hingegen sei nur der kleine Satellitenstaat und Wurmfortsatz der anderen totalitären Großmacht gewesen, der keine vergleichbaren Verbrechen wie Stalins Regime verübt und über die gesamte Dauer seiner Existenz nie die Legitimation der eigenen Bevölkerung besessen habe. Volkspädagogisch gesprochen: Solle etwa Honecker mit Hitler, die Stasi mit der Gestapo oder Auschwitz mit Bautzen verglichen werden?¹

Die mehr oder minder polemisch formulierten Einwände zeigen, wie schwierig sich ein deutsch-deutscher Diktaturvergleich ausnimmt und mit welchen (berechtigten) Einwänden zu rechnen ist. Um es vorweg zu nehmen: Es ist sicherlich nicht sinnvoll, „Äpfel“ mit „Birnen“ vergleichen zu wollen, z. B. Personen oder Verbrechenskomplexe, die – wie Honecker/Hitler oder Auschwitz/Bautzen – von vornherein eine ungenügende oder lächerlich geringe Vergleichsbasis besitzen. Gleichwohl macht es Sinn, ausgewählte Institutionen dieser beiden so unterschiedlichen Diktaturen gegenüberzustellen, um Aufschluss über ihre jeweiligen Mechanismen und Methoden sowie über die Eindringtiefen der jeweiligen totalitären Anstrengungen zu bekommen. Ein solcher sektoraler Mikrovergleich,² der im Übrigen auch der Lebenswirklichkeit mindestens einer Generation Ostdeutscher in zwei Staatsjugenden, zwei Staatsgewerkschaften oder zwei Staatsparteien entspricht, könnte auf ausgewählten Feldern Übereinstimmungen, Ähnlichkeiten und Unterschiede zu Tage fördern und vielleicht auch

¹ Vgl. WOLFGANG WIPPERMANN, Dämonisierung durch Vergleich: DDR und Drittes Reich, Berlin 2009, S. 8-13 und 116-122.

² Zu Begriff und Inhalt dieses Konzeptes vgl. GÜNTHER HEYDEMANN/DETLEF SCHMIECHEN-ACKERMANN, Zur Theorie und Methodologie vergleichender Diktaturforschung, in: Diktaturen in Deutschland – Vergleichsaspekte. Strukturen, Institutionen und Verhaltensweisen, hrsg. von Günther Heydemann/Heinrich Oberreuter, Bonn 2003, S. 9-54, hier S. 31-35.

den Blick auf den jeweiligen Diktaturcharakter schärfen. Ausgangspunkt dieser vergleichenden Diktaturanalysen war das von der VW-Stiftung geförderte Forschungsprojekt „Sachsen unter totalitärer Herrschaft. Diktaturdurchsetzung, Diktaturformen, Diktaturerfahrung 1933 bis 1961“, aus dem die hier zu besprechenden und an der Leipziger Universität entstandenen Teilstudien hervorgingen.

Sämtliche fünf Studien untersuchen Mikrobereiche, die sich auf verwandte, ähnliche oder gar identische Institutionen beziehen. Im Blickpunkt stehen sowohl Bildungseinrichtungen beider Regime (Kindergärten, Hochschulen) als auch Kommunalverwaltungen und Heimatbewegungen. Im Falle des Bistums Meißen kann die doppelte diktatorische Einflussnahme sogar anhand ein und derselben Institution beleuchtet werden, der dazu noch derselbe Bischof vorstand. Auch wenn es sich also um durchaus einsichtige Vergleichsgrundlagen handelt, sind die hieraus erwachsenen historischen Längsschnittanalysen nicht als immanente Vergleiche anlegt. Alle fünf Studien gliedern sich in NS- und SBZ/DDR-Teile, die ungefähr gleichgewichtig und nacheinander aufbereitet sind. Erst auf diese Teile folgt die vergleichende Zusammenfassung.

Doch auch auf der Basis dieser konzeptionellen Anlage ergeben sich bemerkenswerte und fruchtbare Ergebnisse. Sämtliche Studien bestätigen eindrucksvoll, dass Vergleiche nicht automatisch Gleichsetzungen beinhalten. Neben Übereinstimmungen und Parallelen werden häufig genug auch Unterschiede etwa in der Durchsetzung von Säuberungen und Gleichschaltungsprozessen deutlich, die vor allem auf die divergierenden ideologischen Zielvorstellungen der Regime, die voneinander abweichenden gesellschaftlichen Voraussetzungen und die unterschiedlich starke Bevölkerungsakzeptanz zurückzuführen sind. Die NS-Partei und Hitler, das belegen auch diese Studien, konnten sich auf eine wesentlich breitere Zustimmung der Bevölkerung stützen; sie mussten demzufolge überkommene Strukturen und Eliten, auf die sie sich schon in der Zeit ihrer „Machtergreifung“ verlassen konnten, nicht in dem Maße verdrängen wie die nachfolgende Staatspartei. Das NS-Regime als Zustimmungsdiktatur unterschied sich dadurch essentiell von der darauf folgenden Diktatur, die nicht aus eigener autochthoner Kraft entstanden war, sondern durch die Anwesenheit der siegreichen sowjetischen Truppen Stalins.

Die ideologischen Ambivalenzen, die dabei der NS-Partei zugute kamen, vermag Thomas Schaarschmidt in seiner Habilitationsschrift mit dem Fokus auf die sächsische Heimatbewegung aufschlussreich nachzuzeichnen. Auf der Basis der bereits in vielerlei Vereinen virulenten völkischen Ideen gelang es Martin Mutschmann, dem neuen „starken Mann“ der sächsischen NS-Bewegung, seine Heimat-Propaganda massenwirksam und unter Hinzuziehung gewachsener Strukturen ins Werk zu setzen. Das von ihm initiierte „Heimatwerk Sachsen“ versuchte in der Folge nicht nur den „Grenzland“-Gedanken zu popularisieren, sondern selbst die Spracherziehung „seiner“ Sachsen voranzutreiben, was freilich im Gau selbst wie vor allem in Berlin auch spöttische Begleitmusik hervorrief. Mit der Zerschlagung der kompletten Vereinskultur und der Schaffung eines „Kulturbundes“ vermochte die SED dagegen zwar alte institutionelle Wurzeln zu kappen, aber ihre weltanschaulichen Prämissen in der neuen Struktur höchstens partiell durchzusetzen. Ein großer Teil der „Kulturbund“-Mitglieder verfolgte auch weiterhin ältere Vorlieben auf dem Gebiet von Volkstums-traditionen und Heimatkunde.

Zu einem ähnlichen Resultat kommt auch die kommunalpolitische Studie Francesca Weils, die den Einfluss der jeweiligen Staatspartei auf die Landkreisverwaltung Anna-berg analysiert. Quellengesättigt und detailliert beschreibt sie, wie die NS-Partei wesentlich stärker „auf die Anpassungsbereitschaft der Verwaltungseliten bauen konnte“, währenddessen die KPD/SED auf „bürokratische Kontrolle und Reglementierung setzen“ musste, um in einem Zeitraum von fast 15 Jahren ihren „Herrschaftsanspruch“ durchzusetzen (S. 315). Für die NS-Zeit konstatiert Weil einen „Par-

tei-Staat-Dualismus“, für die SED-Zeit eine direkte „Verflechtung“ (S. 316).

Dass Bildungseinrichtungen und Bildungspolitik im Zentrum massiver und systematischer Einflussnahmen der beiden Staatsparteien standen, belegen Michael Parak und Jill Akaltin in ihren Studien auf eindruckliche Weise. Parak, der den Eliten-austausch in den Mittelpunkt seiner Analyse rückt, weist nach, dass sich der „durchgehende Herrschaftsanspruch beider deutscher Diktaturen“ gerade auch auf den Hochschulsektor konzentrierte, wo die „Säuberung des Lehrkörpers nach politischen Gesichtspunkten [...] außer jeder Frage“ stand (S. 457). Auf der Basis einer selbst erstellten Datenbank aller entlassenen Hochschullehrer in Leipzig, Dresden und Freiberg kommt Parak zu dem Ergebnis, dass 14,5 % aller Abgänge während der NS-Diktatur aus rassischen und/oder politischen Motiven resultierten, während in der SBZ/DDR zuerst die Hälfte der Hochschullehrer der Entnazifizierung zum Opfer fiel, und 15,3 % der folgenden Abgänge auf politische Motive zurückzuführen waren. Die personellen Kontinuitäten im Dritten Reich erwiesen sich also auch auf diesem Gebiet als stärker als für die Zeit nach 1945. Neben der größeren ideologischen Anfälligkeit der Betroffenen waren dafür aber auch herrschaftstechnische Einschnitte wie die stärkere Zentralisierung zu DDR-Zeiten verantwortlich, die der SED schärfere Zugriffsmöglichkeiten im Hochschulsektor ermöglichten.

Bei Akaltins Analyse der Leipziger Kindergärten stehen weniger die Säuberungsprozesse im Mittelpunkt als die verschiedenen Mechanismen und Methoden der weltanschaulichen Indoktrination und Gleichschaltung ab 1933 und 1948. Dabei gelangt die Verfasserin im Bezug auf die konfessionellen Kindergärten der Stadt zu einem überraschenden Befund: Während sich das NS-Regime die evangelischen Institutionen 1941 einverleibte, scheute sich das SED-Regime bis zuletzt, die nach Kriegsende revitalisierten Einrichtungen gleichzuschalten. Akaltin begründet dieses unterschiedliche Vorgehen mit der eingangs zitierten These von der unterschiedlichen Bevölkerungsakzeptanz der Regime. Die SED habe die „Bedürfnisse der Bevölkerung stärker in ihr Handlungskalkül einbeziehen“ müssen, da es ihr – anders als das NS-Regime – nicht gelungen sei, einen relevanten Teil des Volkes hinter sich zu versammeln (S. 482).

Birgit Mitzscherlichs Studie über das Bistum Meißen genießt den Vorteil, dass sie den Fokus auf ein und denselben institutionellen Untersuchungsgegenstand richten kann. Somit vermag sie der zentralen Frage, mit welchen Mitteln und Methoden und mit welchem Erfolg NS- und SED-Regime ihr übereinstimmendes Ziel verfolgten, eine „möglichst vollständige Trennung von Staat und Kirche zu erlangen“ und perspektivisch Kirche zum „Verschwinden“ zu bringen (S. 636), wesentlich stringenter nachzugehen. Die zeitlichen Zäsuren, für die sie sich dabei entschieden hat, fallen mit der Amtszeit des Meißner Bischofs Petrus Legge zusammen, der zwischen 1932 und 1951 der Diözese vorstand. Legge, der „nicht gerade zum Helden geboren war“ (S. 200), steht – bis auf den gegen ihn geführten Prozess wegen „Devisenvergehen“ 1935 – auch nicht im Mittelpunkt der Darstellung. In der voluminösen, sorgfältig gearbeiteten Studie wird eindrucksvoll beschrieben, wie beide Regime versuchten, die katholische Kirche zielgerichtet aus dem öffentlichen Raum zu verbannen: So durch das Verbot der konfessionellen Schulen, welches in der SBZ/DDR durch den Verlust des Religionsunterrichtes als ordentliches Lehrfach eine Verstärkung fand, durch das Verbot der katholischen Jugendvereine und zu guter Letzt durch die Zurückdrängung bzw. Ausschaltung katholischer Kommunikationsmittel im Printbereich. Dagegen blieben innerkirchliche Seelsorge und Gottesdienst unter beiden Diktaturen weitgehend unangetastet, wobei im Dritten Reich kirchliche Verkündigungen (wie z. B. der Enzyklika „Mit brennender Sorge“) durchaus zu KZ-Haft und Ermordung einzelner Priester führen konnten. Mitzscherlich macht deutlich, dass es das Bistum Meißen als Diaspora-Diözese in der evangelischen Hochburg Sachsen besonders schwer hatte,

Ausschaltungstendenzen und einzelne sächsisch-radikale Schritte abzuwehren. Dennoch, so ihr Fazit, sei es beiden Diktaturen nicht gelungen, die Kirche vollends ins Abseits zu drängen.

Im Ganzen gesehen kann sich die Bilanz der fünffachen sektoralen Mikrovergleiche durchaus sehen lassen. Der Abgleich ähnlicher oder identischer Institutionen hat dabei weder zu einer Relativierung des Dritten Reiches und seiner Verbrechen noch zu einer Dämonisierung der tatsächlich unbedeutenderen SED-Diktatur geführt. Für die Zukunft bleibt zu hoffen, dass sich im Falle des diachronen Diktaturenvergleiches auch der immanente Vergleichsansatz durchsetzen wird.

Dresden

Mike Schmeitzner

ANNE CHRISTINE NAGEL, Im Schatten des Dritten Reichs. Mittelalterforschung in der Bundesrepublik Deutschland 1945–1970 (Formen der Erinnerung, Bd. 24), Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2005. – 336 S. (ISBN: 3-525-35583-1, Preis: 52,90 €).

Das Foto auf dem Einband des Buches, 1959 in Konstanz aufgenommen, zeigt zwei Generationen der deutschen Mittelalterforschung: links Theodor Mayer, rechts Walter Schlesinger. Beiden Historikern sollte noch eine große Wirkung beschieden sein: dem 1945 als NSDAP-Mitglied entlassenen und nie wieder berufenen Theodor Mayer als Begründer des Konstanzer Arbeitskreises für mittelalterliche Geschichte, und dem 1945 ebenfalls als Parteigenossen an der Universität Leipzig entlassenen Walter Schlesinger als einem der bedeutendsten Repräsentanten der westdeutschen Mittelalterforschung auf Lehrstühlen an der Freien Universität Berlin, in Frankfurt am Main und zuletzt in Marburg an der Lahn. Mögen sie auch 1959 noch, wie das Foto suggeriert, verdrießlich in die Zukunft geblickt haben, mittelfristig sollten sowohl Mayer als auch Schlesinger von großer Wirkungskraft für ihr Fach werden.

Das Buch von Anne Christine Nagel, mit dem sie sich 2003 an der Justus-Liebig-Universität Gießen habilitiert hat, bietet keine Fachgeschichte der deutschen Mittelalterforschung nach 1945. Dazu wäre die Verfasserin als Neuzeithistorikerin, wiewohl von Peter Moraw angeleitet, auch schlecht gerüstet. Vielmehr möchte sie die Geschichte einer Generation deutscher Mittelalterhistoriker unter den Leitbegriffen von Generation, Erinnerungsgemeinschaft und Denkstil deuten. Vor allem mit Hilfe des Generationenmodells Karl Mannheims will Anne Christine Nagel mentalitäts- und geistesgeschichtliche Fragen klären. Dabei verbindet sie den Blick auf das Generationsmodell Mannheims mit dem von Ludwig Fleck geprägten Begriff der „Denkstilkategorie“. Im Mittelpunkt steht dabei die so genannte „Kriegsjugendgeneration“, also die Angehörigen der Jahrgänge 1900 bis 1912. Als Untersuchungszeitraum liegen der Arbeit die Jahrzehnte von 1945 bis 1970 zugrunde, ein Zeitraum, in dem es insgesamt 112 Personen auf Mittelalterlehrstühlen (C 4) zu untersuchen gilt. Es sind generell die Jahrzehnte eines enormen Ausbaus der westdeutschen Universitäten. Wie überschaubar das Fach anfangs noch war, verdeutlicht die Tatsache, dass es 1945 an den deutschen Universitäten insgesamt nur 27 Ordinarien gab. Mit Blick auf die dahingestellte Zäsur von 1945 wird gefragt, wie sich die deutsche Mittelalterforschung in der Bundesrepublik in Kontinuität zum Vorangegangenen entwickelt, welche neuen Fragestellungen sie aufgenommen und wie sie diese realisiert hat. Dabei ist davon auszugehen, dass wissenschaftliche Paradigmenwechsel mit der Veränderung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und des kulturellen Klimas einhergegangen sind (S. 23). Die gesamte deutschsprachige Mittelalterforschung unter Einschluss Österreichs und der